K-1 Krisenresilienz in Rheinland-Pfalz stärken: Kritische Infrastruktur und Bevölkerung nachhaltig schützen

Antragsteller*in: Misbah Khan (KV Bad Dürkheim), Carl-Bernhard von Heusinger (KV Koblenz), Lea Heidbreder (KV Landau), Johannes Kobiela (KV Mainz), Pia Schellhammer (KV Mainz-Bingen), Katharina Binz (KV Mainz), Dr. Tobias Lindner (KV Germersheim), Janosch Littig (KV Mainz), Josef Winkler (KV Rhein-Lahn), Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück), Lea Siegfried (KV Kaiserslautern), Maurice Kuhn (KV Rhein-Pfalz), Marius Schlageter (KV Ludiwgshafen), Michael Lichter (KV Trier), Birgit Meyreis (KV Mayen-Koblenz);;

Tagesordnungspunkt: 3. Solidarität in der Krise

Antragstext

Durch die Corona-Pandemie wurde der Fokus auch auf die Belastbarkeit und die Vorsorge staatlicher Einrichtungen gerichtet. Zudem hat der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine auch uns in eine andere sicherheitspolitische Lage gebracht und offenbart, dass wir vor bestimmten sicherheitspolitischen Bedrohungen nicht ausreichend geschützt sind. Insbesondere im Bereich des physischen Schutzes gibt es Nachholbedarf.

Straßen, Eisenbahnlinien, Wasserstraßen, Gas- und Elektrizitätsnetze, Kommunikationsnetze oder Flughäfen, Gesundheitssystem mit Krankenhäusern, die Polizei, das Rettungswesen und der Katastrophenschutz sowie unsere staatliche Verwaltung sind wesentlich für unser Zusammenleben.

Unsere Gesellschaft ist auf eine krisenresiliente kritische Infrastruktur (KRITIS) angewiesen. Eine sichere Energie- und Wasserversorgung, funktionierende Mobilitätsangebote, zuverlässige Informations- und Kommunikationswege sowie der Schutz von systemrelevanter Industrie liegen in unser aller Interesse.

Einen hundertprozentigen Schutz vor Gefahren wird es niemals geben. Wir rheinland-pfälzischen GRÜNE setzen uns aber dafür ein, dass Strukturen resilienter und widerstandsfähiger werden. Alle staatlichen Ebenen müssen aus den Erfahrungen der letzten Monate und Jahre dazulernen, kritische Infrastruktur neu denken und dabei ganzheitlich zu betrachten. Dafür muss identifiziert werden, welche Bereiche wir in unserem Land besonders gegen Gefahren schützen

müssen.

Der Bund hat die Aufgabe, die gemeinsame Verantwortung, die Rechte und Pflichten der staatlichen Akteure verbindlich zu regeln, um Handlungssicherheit zu schaffen. Mit einem **KRITIS-Dachgesetz auf Bundesebene** müssen offene Fragen schnell geklärt und somit Handlungs- und Definitionssicherheit geschaffen werden. Darunter fallen auch eine Evaluation und Anpassung der aktuellen Schwellenwerte, die festlegen, welche Strukturen ab welcher Größe zu schützen sind, innerhalb der aktuellen KRITIS-Rechtsverordnung. Die Grenzwerte sind häufig so hoch angesetzt, dass häufig besonders schützenswerte Infrastruktur überhaupt nicht von den gesetzlichen Regelungen erfasst wird. Ein gutes Beispiel ist der Schwellenwert in der Wasserversorgung. Aktuell sind Versorgungsbetriebe erst ab 22 Millionen Kubikmeter verteilter Wassermenge pro Jahr als KRITIS eingestuft. Das entspricht dem Versorgungsvolumen von rund 500.000 Menschen. Daneben braucht es dringend eine regulative Basis für den physischen Schutz Kritischer Infrastrukturen. Die jüngsten Angriffe auf Unterseekabel, Energiepipelines oder das Netz der Deutschen Bahn verdeutlichen die physische Bedrohungslage und den notwendigen Handlungsbedarf. Auf das KRITIS-Dachgesetz aufbauend setzen wir uns dafür ein, dass auch auf Landes- und kommunaler Ebene die ableitbaren Aufgaben umgesetzt werden.

Zukünftig ist ein besonderes Augenmerk auf die Verzahnung des physischen Schutzes mit Sicherung unserer IT-Infrastruktur zu legen. Im Zuge der **Verwaltungsdigitalisierung** wird Schritt für Schritt auch die IT-Sicherheit ausgebaut. Mit dem Landesbetrieb Daten und Information (LDI) hat Rheinland-Pfalz einen eigenen IT-Dienstleister, der bereits hohe Sicherheitsstandards einhält. Darüber hinaus hält das Land ein Sicherheits- und Computer-Notfallteam bereit, dass sogenannte Computer Emergency Response Team (CERT). Daher war und ist es richtig, dass wir uns im Koalitionsvertrag auf Landesebene dafür eingesetzt haben, dass der LDI als zentraler IT-Dienstleister des Landes weiterentwickelt wird – beispielsweise durch den Aufbau eines mobilen Reaktionsteams, das bei sicherheitsrelevanten Vorfällen in der Verwaltungs-IT unterstützt. Sowohl der LDI als auch andere staatliche Stellen haben erhebliche Schwierigkeiten **IT-Fachkräfte** zu finden und offene Stellen zu besetzen. Weitere Anstrengungen zur Ausbildung und Anwerbungen von IT-Fachkräften sowie die Überarbeitung bestehender Strukturen sind daher erforderlich, um die Kooperation mit externen IT-Firmen zu reduzieren. Eigenes Know-how aufzubauen und zu stärken, spart nicht nur Geld, sondern erleichtert auch die Einhaltung von Sicherheitsstandards.

Ferner ist es notwendig, die **Kommunen** beim Schutz von KRITIS zu unterstützen. Die Landesregierung hat im Bereich der Cyberabwehr bereits einen ersten Schritt getan und unterstützt insbesondere beim Schutz von Einrichtungen der Daseinsfürsorge. Dafür wurde das Sicherheitsportal Cyberschutz Rheinland-Pfalz eingerichtet, das Informationen zu Cyber-Angriffen und zu konkreten technischen Absicherungsmöglichkeiten zum Schutz vor Cyber-Spionage und Cyber-Sabotage bündelt und die Kommunen bei dieser Aufgabe unterstützt. Weitere Schritte müssen

folgen.

Lehren aus der Flutkatastrophe: Bevölkerungsschutz ausbauen

Die Flutkatastrophe 2021 hat uns auf schmerzlichste Art und Weise vor Augen geführt, wie verletzlich unsere Gesellschaft ist. Auf Grundlage der Aufarbeitung müssen daher die richtigen Schlüsse gezogen und konsequent umgesetzt werden. Insbesondere im Katastrophenfall offenbaren sich im Zivil- und Katastrophenschutz große Lücken, die schnellstmöglich zu schließen sind. Es ist notwendig, dass – wenn möglich – **KRITIS fernab von Gefahrenzonen** errichtet werden. Des Weiteren brauchen wir einen Maßnahmenplan, um kommunale Verwaltungseinrichtungen resilient gegen Extremwetter und Naturgewalten aufzustellen. Dabei ist es wichtig, nachhaltige und klimaangepasste Maßnahmen als Teil der Krisenresilienz zu ergreifen. Falls es zum Ausfall einzelner Einrichtungen kommt, darf die Gesamtinfrastruktur keinen Schaden nehmen. Daher braucht es redundante Systeme, die insbesondere im Katastrophenfall belastungsfähig sind.

Der Zwischenbericht der Enquete-Kommission gibt wichtige Hinweise, die bei der Neuaufstellung des Katastrophenschutzes in Rheinland-Pfalz zu berücksichtigen sind. Auch die Ankündigungen des Systemwandels im Katastrophenschutz hin zur Verantwortung des Landes ist zu begrüßen.

Freiwilliges Engagement stärken

Den Kernbestandteil der allgemeinen nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr bilden in unserem Bundesland die vielen ehrenamtlich Engagierten. Den freiwilligen Feuerwehren, dem Technischen Hilfswerk und den Hilfsorganisationen kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Sie leisten täglich großartiges und retten beispielsweise bei Verkehrsunfällen oder im abwehrenden Brandschutz Menschenleben. Ihnen gilt unser Dank. In Krisenzeiten haben ihre Aufgaben eine noch größere Bedeutung für unsere Gesellschaft. Allerdings ist es wichtig, dass in Rheinland-Pfalz die obersten Katastrophenschutzebene in den Landkreisen und kreisfreien Städten, die Brand- und Katastrophenschutzinspektoren, zukünftig professionalisiert und besser ausstatten wird. Eine Professionalisierung gibt dem Ehrenamt den Rückhalt, den es braucht. Gleichzeitig kann durch eine Professionalisierung eine bessere Verzahnung des Katastrophenschutzes vor Ort, aber auch überkommunal erreicht werden. Ein **gut ausgestatteter Bevölkerungsschutz** ist eine Rückversicherung für den Fall der Fälle für die rund vier Millionen Menschen in unserem Bundesland. Eine nachhaltige Stärkung dieser Strukturen, wird auch über die aktuelle Krisensituation hinaus von großer Bedeutung sein. Denn mit der Klimakatstrophe erwarten uns immer mehr Großschadenslagen infolge von Naturkatastrophen und Extremwetterereignissen.

Eine der Lehren aus den Katastrophen der letzten Jahre ist, dass diese keinen Halt vor Kommunen-, Länder- oder Bundesgrenzen machen. Auch Ressort- und

Zuständigkeitsgrenzen werden im Katastrophenfall überschritten. **Wir brauchen daher dringend eine bessere Verzahnung, ohne die neue Investitionen nicht die gewünschten Wirkungen erzielen können.** Die Zusammenarbeit zwischen unseren Kommunen, Land und mit anderen Bundesländern ist dabei in den Vordergrund zu stellen. Durch die geographische Lage von Rheinland-Pfalz ist eine gute Zusammenarbeit mit unseren Nachbarländern in der Großregien ebenso elementar. In diesem Sinne sind regelmäßige grenz- und ressortübergreifende Übungen für Katastrophenlagen wichtig. Nur so können Fähigkeitslücken erkannt und abgebaut werden.

Wir stellen fest, dass der Schutz von KRITIS erhebliche finanzielle Mittel binden wird. Diese Investitionen werden uns aber für Bedrohungs- und Gefahrenlagen wappnen und schaffen nebenbei auch zusätzliche Wertschöpfung vor Ort. Seien es Warnmechanismen, Trinkwasserkapazitäten, Notstromversorgung, spezielle Fahrzeuge und Hubschrauber oder eine bedarfsgerechte und zeitgemäße IT-Sicherheit. All das schützt die Menschen in Rheinland-Pfalz, nicht nur in der aktuellen Krisensituation, sondern auch vor den Gefahren durch Naturkatastrophen und den Folgen der Klimakrise. Wir müssen nun aus den Katastrophen und Bedrohungen der letzten Jahre die richtigen Schlüsse ziehen und handeln, um unser Bundesland beim Schutz kritischer Infrastruktur und beim Bevölkerungsschutz krisenresilient aufzustellen.